

**MitarbeiterInnen werben MitarbeiterInnen
Anreize für die Gewinnung neuer KollegInnen schaffen**

**Ergänzung vom
17.07.2017**

Antrag Nr. 14-20 / A 02423 von Frau StRin Bettina Messinger, Frau StRin Anne Hübner, Herrn StR Hans Dieter Kaplan, Herrn StR Haimo Liebich, Herrn StR Christian Vorländer vom 29.08.2016

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08584

2 Anlagen: Stadtratsantrag vom 29.08.2016
Stellungnahme der Stadtkämmerei vom 07.04.2017

Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 26.07.2017
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Der Verwaltungs- und Personalausschuss hat am 10.05.2017 die probeweise Einführung einer Anwerbeprämie in Form einer vergüteten Nebentätigkeit für städtische Beschäftigte für zunächst 2 Jahre empfohlen. Eine Prämie soll nur für die erfolgreiche Anwerbung von Beschäftigten in den sogenannten Mangelberufen vergeben werden. Für die Mangelberufe gilt die Definition im Zusammenhang mit der Wohnungsfürsorge (IT-Berufe, ärztliche Berufe, Ingenieurberufe, ErzieherInnen, Eingangspositionen der 2. und 3. Qualifikationsebene des Verwaltungsdienstes). Im Verwaltungsdienst soll eine weitere Einschränkung auf die Anwerbung von Personen mit klassischer Verwaltungsausbildung erfolgen, da die Gewinnung von Quereinsteigern bei entsprechender Öffnung der Ausschreibungen unproblematisch ist. Aufgrund des immensen Ausbildungsbedarfs und angesichts der Rolle, die Eltern, Lehrer und Freunde bei der Berufswahlentscheidung Jugendlicher und junger Erwachsener spielen, soll in den Ausbildungs- und Studienrichtungen, in denen Bewerbermangel herrscht, ebenfalls eine Anwerbeprämie gezahlt werden. Für die Prämienhöhe wird eine Bandbreite von 500 Euro für die Gewinnung von Auszubildenden bis zu 1000 Euro für die Gewinnung in Mangelberufen vorgeschlagen. Im Jahr 2015 wurden in diesen Mangelberufen ca. 1000 externe Einstellungen vorgenommen. Rechnet man schätzungsweise mit 20 % von dieser Zahl, bei denen jährlich eine Prämie abgerufen wird, kommt man auf einen Betrag von rund 200.000 Euro. Im Bereich der Ausbildung sind jährlich im Einstellungsjahrgang ca. 520 Personen. Geht man auch hier von schätzungsweise 20 % aus, bei denen jährlich eine Prämie abgerufen wird (ca. 100), wären dies weitere 50.000 Euro. Eine Auszahlung der Prämie erfolgt nach erfolgreicher Einstellung der angeworbenen Person. Im Laufe des zweiten Testjahres wird das Personal- und Organisationsreferat dem Stadtrat berichten, um entscheiden zu können, ob eine solche Prämie dauerhaft eingeführt wird.

Der Antrag des Referenten bleibt unverändert. Soweit im Beschlusstext ausgeführt wurde, dass neben Dienstkräften der personalführenden Sparten des Personal- und Organisationsreferats oder anderer Referate und Eigenbetriebe, die mit Einstellungen bzw. der Personalgewinnung betraut sind, auch Personalräte bei Einstellungen für

ihren Zuständigkeitsbereich ausgeschlossen sind, wird dies wie folgt ergänzt:

Statt des rechtlich nicht zwingenden Ausschlusses für die Personalräte ist es auch möglich, eine Regelung über die Befangenheitsregel des Art. 37 BayPVG zu schaffen. Damit hätten Personalräte die Möglichkeit, eine Anwerbeprämie zu erhalten, würden aber an der entsprechenden Beratung und Abstimmung im Gremium bzw. an einer eventuellen Vorstellungsrunde nicht teilnehmen.

In der heutigen Sitzung soll die Annahme der Empfehlung und die endgültige Finanzierung beschlossen werden.

II. Antrag des Referenten

unverändert wie Beschlussvorlage.

III. Beschluss

nach Antrag

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/in
Ehrenamtliche/-r Stadtrat/rätin

Dr. Dietrich
Berufsmäßiger Stadtrat

IV. Abdruck von I., II. und III.

über das Direktorium-II-V Stadtratsprotokolle
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei

zur Kenntnis.

V. Wv. Personal- und Organisationsreferat, P 5.1

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An den Gesamtpersonalrat

zur Kenntnis.

Am